

„**DEUTSCHLAND, DU HAST IN BEZUG AUF RASSISMUS VERSAGT!**“

(CANDAN ÖZER YILMAZ)

Gökhan Gültekin, Ferhat Ünvar, Mercedes Kierpucz, Sedat Gürbüz, Hamza Kurtović, Kalojan Welkow, Bilal Gökçe, Fatih Saraçoğlu, Said Nessar El Hashemi, Frau R.

Das sind die Namen der Menschen, die ein deutscher Nazi, Antifeminist und Verschwörungstheoretiker in der Nacht auf Donnerstag, den 20. Februar 2020 in zwei Hanauer Shisha-Bars ermordete. Unser aufrichtiges Beileid und tiefes Mitgefühl gilt den Angehörigen und Freund*innen der Opfer. Allen Verletzten und Betroffenen wünschen wir eine schnelle und vollständige Genesung.

Seine Ziele wählte der Täter nicht zufällig aus. Er sucht in Hanau zwei Shisha-Bars auf, um dort schwerbewaffnet ein Massaker unter den Gästen anzurichten, in denen er Eindringlinge in den hiesigen <Kulturkreis> zu erkennen vermeint. Shisha-Bars sind Hassobjekte für alle Rassist*innen im Lande, stehen sie symbolisch doch für das <Vordringen fremder Kulturen> durch Einwanderer*innen und die Ausbreitung einer medial hochgejazzten <Clan-Kriminalität>. Gleichzeitig sind Shisha-Bars für viele junge Menschen mit Migrationsgeschichte Rückzugsräume und Safespaces, zum Beispiel wenn sie aufgrund rassistischer Türsteher*innen woanders mal wieder nicht in die Clubs gelassen werden.

Angetrieben von antisemitischen Wahnvorstellungen und Rassismus ist es also wieder einmal geschehen: Ein rechtsterroristischer Anschlag in Deutschland.

Denn im Grunde ist das Massaker von Hanau nichts, was wir nicht hätten erwarten können. Das Land ist voller schwer bewaffneter Männer, die den «Tag der Rache», den «Tag X» oder den Ausnahmezustand herbeisehnen und zum Losschlagen bereit sind. Oder sich eben auch aus einer Position des «führerlosen Widerstands» heraus zu ihren grausamen Taten ermächtigt fühlen. Was liegt hinter uns? Allein in den zurückliegenden anderthalb Jahren haben solche Täter mehrfach zugeschlagen und zahlreiche nazistische Gruppen und Zellen wurden ausgehoben, die kurz davorgestanden haben sollen, zur schrecklichen Tat zu schreiten. In einigen dieser Gruppen sind und waren auch Staatsbeamte in Uniform und Soldaten organisiert: Also Personen, die im Zweifel nicht nur Zugang zu großen Waffenarsenalen haben, sondern auch Profis im Umgang mit Waffen sind.

Eine Auswahl: • Anfang Oktober 2018 wird die rechtsterroristische Gruppe «Revolution Chemnitz» ausgehoben. • Am 2. Juni 2019 wird der CDU-Regierungspräsident Walter Lübcke in Kassel mit einem Kopfschuss auf seiner Terrasse ermordet. • Ebenfalls im Juni 2019 werden bei einer Durchsuchung bei dem ehemaligen Polizeibeamten Marko G. in Mecklenburg-Vorpommern eine Maschinenpistole samt Schalldämpfer, über 25.000 Schuss Munition und Übungshandgranaten der Bundeswehr sichergestellt: Marko G. ist einer der Köpfe und Chatadministrator der Preppergruppe «Nordkreuz». • Im Juli 2019 verletzt ein Täter im hessischen Wächtersbach einen eritreischen Mann mit Schüssen lebensgefährlich. • Mitte September verletzt ein Täter in Taunusstein Menschen «ausländischen Aussehens» mit Stahlkugeln aus einer Zwillie. • Am 9. Oktober 2019 versucht ein Attentäter mit selbst gebauten Waffen ein Massaker in der Synagoge in Halle anzurichten und tötet zwei zufällige Passant*innen. • In der Silvesternacht schießt ein CDU-Kommunalpolitiker in Köln-Porz auf einen jungen Migranten und verletzt ihn schwer, tagelang wird der Täter von den Behörden geheim gehalten, ein Haftbefehl wird nicht erlassen. • Mitte Januar werden Schüsse auf das Wahlkreisbüro des schwarzen SPD-Bundestagsabgeordneten Karamba Diaby abgegeben. • Und erst diese Woche sind zwölf Nazis aus allen Landesteilen verhaftet worden, die als «Harter Kern» mit Anschlägen unter anderem auf Moscheen einen Bürgerkrieg im Lande entfachen wollten.

Auch in der Region Rosenheim begehen Rassist*innen Übergriffe und Anschläge: Erwähnt seien nur die bis heute nicht aufgeklärten Schüsse auf Schaufenster migrantischer Gastronomie in der Stadt Rosenheim, die rassistischen Äußerungen und mutmaßlichen Hitlergrüße von Bundespolizisten sowie einer Vertreterin der Sicherheitswacht im Rosenheimer Zentrum oder die Anschlagsserie auf eine Geflüchtetenunterkunft in Nußdorf am Inn im März 2018.

Rechter Terror findet allerdings nicht losgelöst von gesellschaftlichen Verhältnissen statt, sondern baut auf die Mithilfe der Dominanzgesellschaft. Seit 2013 ist eine rassistisch motivierte Anschlag- und Angriffsserie in Deutschland zu beobachten, die sich zunächst gegen bewohnte wie unbewohnte Geflüchtetenunterkünfte richtete, bevor Geflüchtete zunehmend selbst zum Ziel der Angriffe wurden. Auch wenn die Angriffszahlen im Jahr 2016 ihren Höhepunkt erreichten, ist die Serie bei weitem nicht unterbrochen. So wurden noch 2018 täglich mehr als drei Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte gezählt.

Die Täter*innen sind bestärkt durch regelmäßige Übergriffe oder Aufmärsche von Pegida und propagierte Endzeitszenarien. Analog dazu trägt die AfD seit Jahren dazu bei, die Grenzen des Sagbaren immer weiter zu verschieben, findet Raum dazu unter anderem in öffentlich-rechtlichen Talkshows und treibt damit die anderen Parteien diskursiv vor sich her. Außerdem ist die AfD selbst lokal und überregional in rechter Strukturarbeit vernetzt. So gibt es auch diverse persönliche Überschneidungen von Mitarbeiter*innen von AfD-Abgeordneten und rechtsterroristischen Kreisen.

Weitreichende Konsequenzen hatte das Auffliegen rechter Terrorzellen wie in Freital und Chemnitz bislang allein im Ausbau der Exekutive. Polizei und Sicherheitsbehörden gewinnen kontinuierlich mehr Kompetenzen und Befugnisse, während ihre eigenen Reihen nicht nur strukturell rassistisch agieren, sondern auch rechte Strukturen wie „Nordkreuz“, „Uniter“ oder „NSU 2.0“ innerhalb dieser bekannt werden. Als öffentliche Reaktion folgt auf kurze Wellen der Empörung die Normalisierung. Politische Verschiebungen sind dabei im Sinne der Extremismustheorie und eines kontinuierlichen, autoritären Umbaus des Staatsapparats zu beobachten. Dazu zählen die regelmäßigen Verschärfungen in der Asylgesetzgebung, sowie die Etablierung sogenannter „Ankerzentren“.

Eine weitere Form rassistischer Gewalt zeigt der Staat. Brutale Polizeieinsätze, wie in einer Geflüchtetenunterkunft in Ellwangen im Mai 2018, nachdem Geflüchtete eine Abschiebung verhindert hatten, sind nur das extremste Beispiel der staatlichen Schikane gegen Geflüchtete. Obwohl dieser Einsatz später für rechtswidrig erklärt wurde, blieben auch hier weitere Konsequenzen aus. Derartiges geschieht auch in Rosenheim und Bad Aibling, wenn Polizist*innen zum Teil sogar ohne richterlichen Beschluss eine Geflüchtetenunterkunft willkürlich durchsuchen und Panik verbreiten.

Neben diesen offensichtlich zielgerichteten Handlungen politischer Akteur*innen gibt es ebenfalls ein unbewusstes gesellschaftliches Wirken, welches rechten Terror erst so erfolgreich werden lässt. Das Unsichtbarmachen durch die Abwertung der Opfer, die Verharmlosung der Täter*innen als entpolitisierte Einzeltäter*innen und die Ermächtigung der Täter*innen durch rechte Diskurse und menschenverachtende Politik bilden einen Rahmen, in welchem die Bedrohung durch rechten Terror ungebrochen fortbesteht. Dazu trägt die Polizei bei, die eher rassistische Ermittlungen gegen die Betroffenen aufnimmt, als ein rechtes Motiv in Betracht zuziehen. Dazu trägt die Justiz bei, indem sie in den Urteilen rassistische Motive unter den Tisch fallen lässt. Dazu tragen die bürgerlichen Medien bei, mit tendenziöser Berichterstattung und dem Schüren rassistischer Befindlichkeiten. Dazu trägt die Öffentlichkeit bei, die Anschläge auf rassistisch Markierte und andere Marginalisierte nicht als Terror erkennen will.

Eine der Grundlagen für die Arbeit gegen rechten Terror ist, diesen zu erkennen. Das bedeutet für uns einen andauernden Prozess, in dem der eigene Rassismus und die eigene gesellschaftliche Rolle konstant hinterfragt werden müssen. Das ist nicht leicht, aber notwendig, um nicht auf die dauernde Abwehr- und Verschleierungsleistung der Dominanzgesellschaft herein zu fallen, sondern rechten Terror benennen zu können. Daraus ergibt sich eine der wichtigsten Strategien, die mittlerweile auch weit verbreitet Anwendung findet: Bei jedem gewaltsamen Todesfall einer rassistisch markierten Person gehen wir so lange von einem rassistischen Motiv aus, bis das Gegenteil bewiesen wird. Daran anschließend gilt es mit Demonstrationen, Kleinen Anfragen, oder social media-Aktionen den öffentlichen Druck möglichst hochzuhalten. Ein nächster Schritt muss sein, die Angehörigen, Überlebenden und Betroffenen nicht mehr allein kämpfen zu lassen, sondern sich an ihre Seite zu stellen. Selbst wenn es keine unmittelbaren Ermittlungen gegen sie gibt, wie es bei den Angehörigen der NSU-Mordopfer der Fall war, lassen es sich Medien und Polizei häufig nicht nehmen, dennoch diskreditierende Gerüchte zu streuen. Dagegen können wir etwas tun, indem wir ihnen eine Bühne bieten, ihre Geschichten und ihre Forderungen hören und weiterverbreiten. Es können Statements geschrieben, Demos und Veranstaltungen organisiert, Öffentlichkeit geschaffen werden.

Dazu gehört auch, selber aktiv zu werden, sich von dem gesellschaftlichen Status Quo, sich von der Macht der anderen und der eigenen Ohnmacht nicht dumm machen zu lassen. Je stärker der Rechtsruck, je geringer die Gegenwehr, je weiter sich Sag- und Machbarkeitsfelder verschieben, desto aktiver müssen wir werden. Während sich Neonazis bewaffnen, baut der Verfassungsschutz weiter am System der V-Personen, der Quellenschutz steht bei ihm weiterhin an erster Stelle. Wie im NSU-Komplex, ist vom Inlandsgeheimdienst vor allem Verschleierung und Strukturaufbau der Neonazi-Szene zu erwarten. Daher unsere Forderung: Verfassungsschutz auflösen, NSU-Akten veröffentlichen!

Es gilt den rassistischen Normalzustand anzugreifen! Macht politischen Druck, engagiert Euch, organisiert Euch! Gegen rechte Bürgerinitiativen, Polizei- und Asylgesetzgebung und Naziterrorgruppen!

Uns ist es wichtig, zum Schluss eine Betroffene rassistischer Anschläge zu Wort kommen lassen: Candan Özer Yilmaz, die Witwe von Atilla Özer, der den Nagelbombenanschlag des NSU in der Kölner Keupstraße schwerverletzt überlebte, sagte: „Ich wurde als Angehörige beschuldigt. Mein Mann hat bis zu seinem Tod mit einem Nagel im Kopf gelebt. **Deutschland, du hast in Bezug auf Rassismus versagt!**“

